

Extrablatt

Dorsten - Info

von **DIE LINKE.** & **WASG** Dorsten

10/06

Arbeitslos?

Wir kämpfen für Sie!

Die 5 Millionen Arbeitslosen sind für die Regierungen ein beliebter Prügelknabe. Sie werden ständig mit neuer Regulierung schikaniert und drangsaliert, ohne dass es deswegen mehr Arbeit gäbe. Besonders schwer haben es die **Langzeitarbeitslosen mit Kindern**. Sehr viele von diesen können auch bei uns in Dorsten ein Lied davon singen.

Sie haben nach der letzten Ablehnung der Parteien im Stadtrat der Stadt Dorsten keinen Anspruch auf Zuschuss für Schulbücher. Dieses zu regeln hat die Bundesregierung im Sozialgesetzbuch II schlichtweg „vergessen“.

Wir wissen ,das Geld von Hartz IV- Empfängern reicht hinten und vorne nicht, Armut ist kein Fremdwort. Komischerweise haben die umliegenden Städte im Kreis, wie z.B. Gladbeck und Castrop-Rauxel, denen es finanziell garantiert auch nicht besser geht als Dorsten, ein Einsehen gehabt und dort werden für Hartz IV - Empfänger die Kosten für Schulbücher übernommen. Durch einen Antrag der Linkspartei an den

Einladung:

Unser nächstes Treffen ist

Mittwoch, 25. 10. 2006 um 19:00 Uhr
im Cafe Zipper
46282 Dorsten, Gahlener Str. 8

Alle Links denkenden und fühlenden
Mitbürgerinnen und Mitbürger sind
herzlich eingeladen.

Kreistag, der mit 36 zu 34 Stimmen angenommen wurde, wird zumindest für die zum Kreis Recklinghausen gehörenden Berufsschulen Hartz IV - Empfängern Lernmittelfreiheit gewährt. Städtische Schulen profitieren davon nicht, **noch nicht!! Aber seien Sie sicher, wir arbeiten daran. Die Stadtverbände von WASG und Linkspartei Dorsten werden einen entsprechenden Bürgerantrag stellen, schon allein wegen der Ungleichbehandlung.**

Wenn teure Möbel bei Finanznot der Stadt Dorsten für das Büro des Bürgermeisters angeschafft werden können, dürften doch wohl auch Geldmittel für Hartz IV- Kinder vorhanden sein!!! Außerdem wird die Bundestagsfraktion der Linkspartei einen Antrag einbringen, dass diese Gesetzeslücke geschlossen wird.

- **Eins ist sicher - wir lassen nicht locker!**
- **Die Arbeitslosigkeit muss bekämpft werden - nicht die Arbeitslosen**



V.i.S.d.P.: Karl Türck, Glück-Auf-Str. 18, 46284 Dorsten,
Email: kallutuerck@web.de, ☎ 02362 794916



Armut trotz Arbeit

Andrea, 54, lebt in Jena. Sie ist Kellnerin. Sie bekommt einen Stundenlohn von 5,20 Euro. Bei 40 Stunden pro Woche hat sie am Monatsende 830,- Euro brutto. Andrea lebt in Armut – trotz Arbeit.

200 Stunden für einen Hungerlohn

Jörn, 29, arbeitet bei einer Wachgesellschaft in Bottrop, 50 Stunden die Woche. Für einen Stundenlohn von 4,50 Euro. Das ergibt einen monatlichen Bruttolohn von 900,- Euro. Damit lässt sich nicht gut leben.

Anhaltendes Lohndumping

Karl, 42, ist Bäckereiverkäufer in München. Dafür bekommt er zurzeit 8,15 Euro pro Stunde. Ihm droht die Entlassung. Er soll durch zwei Mini-Jobber ersetzt werden, die jeweils nur 4,70 Euro pro Stunde erhalten. Kein sozial gerechter Mindestlohn, kein Schutz vor Lohndumping. Andrea, Jörn und Karl sind keine Einzelfälle. In Deutschland leben 3,8 Millionen Menschen trotz Vollzeitarbeit in Armut. Sie müssen mit weniger als der Hälfte des durchschnittlichen monatlichen Bruttolohns (1.470 Euro) über die Runden kommen. Besserung ist nicht in Sicht. Es ist Zeit zu handeln, denn Arbeit darf nicht arm machen!

DIE LINKE. im Bundestag fordert einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8 Euro brutto pro Arbeitsstunde.

Mehr soziale Gerechtigkeit durch den gesetzlichen Mindestlohn

Ein gesetzlicher Mindestlohn definiert eine Untergrenze. Löhne, die darunter

liegen, sind illegal. Er legt also fest, wie viel Geld für eine Arbeitsstunde mindestens bezahlt werden muss. Von einem Mindestlohn profitieren diejenigen, die zurzeit noch für Hungerlöhne arbeiten müssen. Das sind bei uns fast 4 Millionen Menschen.

Mindestens 8 Euro pro Arbeitsstunde muss sein

Lohn zum Leben heißt mindestens 8 Euro pro Arbeitsstunde. Dann liegt das Netto-Entgelt bei Vollzeitarbeit mindestens auf der Höhe der Pfändungsfreigrenze von derzeit 985 Euro. Wer weniger als 985 Euro im Monat bekommt, darf trotz Verschuldung nicht gepfändet werden. 8 Euro brutto sind jedoch nur der Anfang: Um Armut trotz Arbeit zu verhindern, muss der Mindestlohn steigen.

Ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8 Euro pro Stunde

— **verhindert Armut trotz Arbeit.** Er garantiert ein Existenzsicherndes Auskommen und ein Leben in Würde.

— **stärkt die private Kaufkraft.** Wer mehr Geld bekommt, kann auch mehr Geld ausgeben. Das erhöht die Binnennachfrage und sorgt für Wachstum und neue Arbeitsplätze.

— **garantiert Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.** Wer Hungerlöhne bekommt, geht kaum ins Kino, ins Theater oder zum Sport, ja kann sich oft nicht einmal das Busticket leisten. Ein gerechter Lohn sorgt dafür, dass viele Menschen wieder am öffentlichen Leben teilnehmen können.

— **stützt Arbeitsplätze.** In Industrieländern mit Mindestlohn ist die Arbeitslosigkeit meist niedriger als in Deutschland. In Großbritannien ist sie seit Einführung des Mindestlohns sogar deutlich gesunken.

— **verhindert Lohndumping.** Mit dem Mindestlohn wird eine gesetzliche Untergrenze eingeführt. Unternehmen können nicht mehr ausländische und deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegeneinander ausspielen.

Besser für alle: Mindestlohn ist Minimum!

Ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8 Euro hat also viele Vorteile für die meisten Menschen in Deutschland. Trotzdem wettern fast alle Parteien und die meisten Medien gegen einen gesetzlichen Mindestlohn. Zeit also, mit einigen Vorurteilen aufzuräumen.

Der Mindestlohn stärkt die Tarifautonomie

Er stellt eine Untergrenze dar, die nicht unterschritten werden darf. Wenn die Gewerkschaften Löhne vereinbaren, die über dem Mindestlohn liegen, so können diese zum branchenspezifischen Minimum erklärt werden.

Der Mindestlohn schützt kleine Unternehmen vor Lohnkonkurrenz

Vierorts wird er für Lohnsteigerungen sorgen. Bei Einführung des Mindestlohns sind Übergangsfristen geplant, damit auch kleine Unternehmen die Lohnsteigerung wirtschaftlich verkraften können. Ein Mindestlohn unterbindet zudem die Lohnkonkurrenz. Für alle Betriebe gelten dieselben Bedingungen. Außerdem stärkt der Mindestlohn strukturschwache Regionen, indem er die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen erhöht.

Der Mindestlohn verringert die Arbeitslosigkeit

Es gibt keinen Zusammenhang zwischen Mindestlohn und Arbeitslosigkeit. In Deutschland ist die Arbeitslosenquote deutlich höher als in vielen europäischen Nachbarländern mit Mindestlohn. In vielen Ländern ist sie nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns sogar gesunken.

Der Mindestlohn verhindert Arbeitsplatzverlagerungen

Zwei Drittel aller Armutslöhne werden in der Dienstleistungsbranche bezahlt. Dienstleistungen, wie etwa im Bäckereifachverkauf, im Wachdienst oder im Frisörhandwerk, sind ortsgelunden und können nicht ins Ausland verlagert werden.

www.8euro.de

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG